CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Nadine Schön MdB
Stellvertretende Vorsitzende

T 030. 227- 70061
F 030. 227- 56760

nadine.schoen@bundestag.de

Dr. Reinhard Brandl MdB
Vorsitzender der AG Digitales

T 030. 227- 77971
F 030. 227- 76558

reinhard.brandl.@bundestag.de

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

per E-Mail

Berlin, 20. Dezember 2023

Totalausfall Digitalpolitik der Ampel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in einem Jahr, in dem sich die Anzahl der Internetnutzer weltweit auf knapp 5,3 Milliarden erhöhte, ChatGPT die Leistungskraft der Künstlichen Intelligenz für das globale (Wirtschafts-)Leben demonstrierte und Elon Musk mit Starlink-Satelliten das Internet in entlegene Orte brachte, müssen wir für Deutschland leider konstatieren: Das Jahr 2023 brachte für Deutschland keinen digitalen Fortschritt. Es endet in der Digitalpolitik, wie es begonnen hat: mit Zuständigkeitschaos, fehlendem Digitalbudget und ohne Impulse aus dem zuständigen Digitalministerium.

Einmal mehr zeigte sich Digitalminister Wissing in der Sitzung des Digitalausschusses am 13. Dezember 2023 ratlos, wie es denn konkret weitergehen soll mit der Digitalisierung unserer Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Das große Versprechen der FDP „Digital first, Bedenken second“ – in allen Bereichen verpufft. Und die einst so fordernden Regierungsfraktionen der 20. WP im Deutschen Bundestag glänzen durch Ideenlosigkeit – keinerlei parlamentarische Initiativen aus ihren Reihen. Während wir das Thema u.a. mit 9 Anträgen, einem Positionspapier und 46 Kleinen Anfragen im Jahr 2023 vorantrieben.

Denn wir sind überzeugt: Deutschland kann es besser. Mit und durch Digitalisierung könnte vieles erreicht werden: Standortattraktivität ländlicher Räume durch eine gute Breitband- und Mobilfunkversorgung, Bürokratieabbau durch schnellen Datenaustausch in der Verwaltung, individualisiertes Lernen durch adaptive Lernsysteme. Auch volkswirtschaftlich gesehen könnte die digitale Transformation viel mehr zum deutschen Wirtschaftswachstum beitragen, wenn die Bundesregierung unsere Unternehmen mit weniger Bürokratie und Regulierung, einer leistungsfähigen Infrastruktur und besseren Datennutzung stärken sowie Schlüsseltechnologien gezielter fördern würde.

Die Bundesregierung hat in der ersten Regierungshälfte gezeigt, wie es nicht geht. Als Digitalpolitiker der Union haben wir dafür gesorgt, dass über die Versäumnisse debattiert wird und wir haben konkrete Vorschläge eingebracht. Unsere Forderungen im Überblick:

1) Deutschlandtempo statt Chaos

Bundeskanzler Scholz hatte die Verantwortung für die Digitalpolitik per Organisationserlass aus dem Bundeskanzleramt zu einem ambitionslosen und durchsetzungsschwachen Digital- und Verkehrsminister geschoben und die Zuständigkeiten durch Doppel- und Dreifachzuständigkeiten zusätzlich verwässert. Viele Köche verderben den Brei, zumal die einst in der Digitalpolitik unterstützenden Ressorts wie das Innenressort, Wirtschaftsressort und Forschungsressort bereits mit anderen Aufgaben überfordert sind und die Länder und Kommunen bei wichtigen Vorhaben, wie der Verwaltungsdigitalisierung, nicht richtig mitgenommen werden. Die Digitalgipfel der Bundesregierung in Berlin (2022) und Jena (2023) blieben ohne Ergebnisse. Laut DESI-Index der EU-Kommission, der den Digitalisierungsfortschritt misst, liegt Deutschland aktuell lediglich im Mittelfeld der EU-Länder, siehe **DESI**-Dashboard. Der Digitalwirtschaftsverband Bitkom bringt es auf den Punkt: „Deutschlands größtes Risiko ist das Risiko der verpassten Chance“.

Wir fordern daher Deutschland-Tempo – mehr Dynamik, Geschwindigkeit und Agilität - in der Digitalisierung und eine Korrektur der Aufgaben- und Verantwortungsteilung in der Bundesregierung.

2) Handeln statt ankündigen

Digitalstrategie, Datenstrategie, Zukunftsstrategie, Startup-Strategie … an Strategiepapieren mangelt es der Bundesregierung nicht, aber was nutzen Ankündigungen, wenn sie nicht mit konkreten Zielen, Maßnahmen, Budgets und Zeitplänen hinterlegt sind. Da die Ampel das einst versprochene zusätzliche zentrale Digitalbudget nicht verankert hat und die Ressorts an die digitalen Einzelbudgets mit dem Rotstift rangehen, ist unklar, wie es mit den Digitalprojekten weitergehen wird. Auch mit jenen „Leuchtturmprojekten“, die laut der ressortübergreifenden Digitalstrategie „Hebelwirkungen“ entfalten sollen – von der digitalen Gesundheitsversorgung über Weiterbildung für die Arbeit von morgen bis hin zu KI-Technologien für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt.

Wir haben einen umfassenden Antrag zur Digitalstrategie vorgelegt, der zeigt, woran es hapert, und konkrete Forderungen gestellt, u.a. um technologische Abhängigkeiten abzubauen, Standards zu schaffen und Monitoring konsequent zu verfolgen. Antrag Digitalstrategie

3) Gigabit statt Wirrwarr

Beim Netzausbau geht es voran - Deutschland hat sich zwischen 2018 und 2022 im EU-Vergleich von Rang 16 auf Rang 4 vorgearbeitet, das ist erfreulich, doch hier erntet die Ampel-Regierung lediglich die Lorbeeren aus Unionszeiten, in der wir mit der Telekommunikationsnovelle und dem 12 Mrd. starken Förderprogramm die richtigen Grundlagen gelegt hatten. Ihre erste eigene Förderrichtlinie zur Beseitigung der sog. „grauen Flecken" in ländlichen Räumen hat die Bundesregierung erst mit monatelanger Verspätung zu Ostern 2023 vorgelegt - auf deren Basis wurde bisher kein Anschluss verlegt. Der teilweise ineffiziente Überbau von Glasfaserleitungen bindet unnötig Kapazitäten, der Wettstreit im Mobilfunk ist nicht immer förderlich. Die Bundesnetzagentur lässt sich mit Entscheidungen und Sanktionen viel Zeit, die Bundesregierung schaut hilflos zu. Mit Blick auf die 2025 auslaufenden Frequenzen im Mobilfunk wird derzeit zwischen Versteigerung und Verlängerung laviert.

Wir geben uns nicht mit Funklöchern und unversorgten Landstrichen zufrieden und bohren regelmäßig beim Ausbaufortschritt von Breitband und Mobilfunk nach (Förderstand Gigabit-Richtlinie 2.0). Unsere Positionen: Positionspapier Gigabitausbau, Antrag Glasfaser-Überbau einschränken, Antragsstopp bei der Breitbandförderung sofort beenden, Gigabit auf die Schiene bringen.

4) Innovation statt Regulierung

Auf europäischer Ebene wurden wegweisende Digital-Pakete verhandelt, welche über die Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität Europas entscheiden, doch die Bundesregierung ist dabei eher Zaungast denn Gestalter. Beim Abschluss von Digital Services Act, AI Act, Data Act, Chips Act sowie bei IRIS 2, mit denen über Regulierung von Digitalmärkten und Plattformen, Datennutzung sowie über Schlüsseltechnologien wie KI, Halbleiter, Quanten oder Satelliteninternet entschieden wurde, fehlte bei den Verhandlungen in weiten Teilen eine einheitliche deutsche Stimme und der Praxisblick. So müssen die Unternehmen in vielen Bereichen weiter mit Rechtsunsicherheiten, etwa beim Datenschutz und KI leben und können auf Partizipation an Förderungen nicht vertrauen. Aktuell droht die Bundesregierung sogar die rechtzeitige Umsetzung des Digital Services Acts zu verpassen – fast ein Jahr dauerte es, bis es das lang angekündigte Digitale-

Dienste-Gesetz am 20. Dezember 2023 endlich ins Kabinett schaffte. Genau genommen hat Digitalminister Wissing noch keine einzige Gesetzesaktivität finalisiert. Auch das Mobilitätsdatengesetz, das Datenoffenheit und Verkehrswende vorantreiben soll, lässt auf sich warten.

Wir waren hier vielfach Treiber einer innovationsorientierten Position, denn bei Zukunftstechnologien braucht Deutschland keine Verbote, sondern Förderung, die eine Rolle im weltweiten Wettbewerb sichert, insbesondere bei den Verhandlungen zu Künstlicher Intelligenz, siehe etwa Antrag AI Act, Antrag Satelliteninternet, Antrag DMA

5) **Verwaltung digital statt analog**

Beim Online-Zugangsgesetz müssen wir bis heute auf ein Nachfolgegesetz aus dem BMI warten. Dabei brauchen Länder und Kommunen dringend Klarheit über Strukturen, Governance, Finanzierung, Rechte und Pflichten der Akteure. Doch die Ampel hatte bereits vor dem Haushaltsstreit einen Kahlschlag bei der Verwaltungsdigitalisierung und eine Kürzung von 377 auf 3 Mio. Euro im Jahr 2024 vorgesehen. Falsche Prioritäten, denn wo immer Reformen und schnelles Verwaltungshandeln gefragt ist – von der Grundsteuer-Erfassung über Auszahlung von Energiehilfen an Studierende bis hin zu den familienpolitischen Leistungen – zeigt sich: ohne Datentransfer und effiziente Prozesse funktioniert es nicht. Zumal es bei der Registermodernisierung und den elektronischen Identitäten weniger um Geld, denn um gute und sichere Konzepte und Tempo bei der Umsetzung geht – auch hier Fehlanzeige der Ampel, obwohl die unionsgeführte Bundesregierung gute Vorarbeiten geleistet hatte.

Wir fordern endlich eine bessere Datennutzung in der Verwaltung, die Einführung von digitalen Identitäten und der Smart-eID – also dem Personalausweis auf dem Handy – und endlich alle Leistungen der Verwaltung auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene digital anzubieten und digital zu verarbeiten. Wie es gehen kann, haben wir u.a. hier dargelegt OZG Antrag und Antrag digitale Identitäten.

6) **Sicherheit statt Wegschauen im Netz**

Die Bundesregierung muss in vielen Bereichen auf die gestiegene Gefahr von Cyberattacken reagieren. Daten unserer Verwaltung und Wirtschaft müssen geschützt werden, schwere Straftaten via Internet aufgeklärt und verfolgt werden. Leider fehlt der Ampel-Koalition dafür ein entschiedenes und konsensuales Vorgehen. Das gefährdet unsere Industrie, unser Staatswesen und unsere Sicherheit insgesamt.

Bei Hass und Hetze sowie beim sexuellen Missbrauch von Kindern und dessen Verbreitung im Netz klaffen bei der Bundesregierung Worte und tatsächliches Engagement besonders auseinander. Den Ermittlern verweigert die Bundesregierung immer noch das notwendige Werkzeug der IP-Adressen-Speicherung, obwohl der EuGH die Speicherung von IP-Adressen zur Aufklärung und Bekämpfung schwerer Straftaten ermöglicht hat. Bei vielen Straftaten ist die IP-Adresse der einzige Ermittlungsansatz. Häufig sind die Daten beim Provider aber zum Zeitpunkt der Ermittlungen schon gelöscht. Denn die Provider speichern die IP-Adressen, wenn überhaupt, meist nur wenige Tage. Damit hängt es zurzeit vom Zufall ab, ob etwa Sexualstraftäter ermittelt werden und weitere Taten verhindert werden können.

Wir wollen mehr Schutz für Kinder und Jugendliche und haben gemeinsam mit den Innen- und Familienpolitikern unsere Vorstellungen von Kinderschutz 4.0 dargelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Abstand bei der Digitalisierung zu den USA, vielen asiatischen Ländern und zu manchen europäischen Staaten vergrößert sich in einem enormen Tempo. Dort gibt es Laptops in Schulen, digitale Finanzsysteme, Verwaltungskontakte mit wenigen Klicks, globale Marktmacht von Plattformen, hier schleppende Digitalisierungsprozesse, Funklöcher und langwierige Etablierung von neuen digitalen Angeboten. Unsere Verwaltung muss durch Digitalisierung auf allen Ebenen wieder effizienter werden. Bei Schlüsseltechnologien müssen wir den Anschluss halten. Die Akzeptanz von Digitalisierung bei Bürgerinnen und Bürgern muss steigen. Wir brauchen wieder eine Politik, die in der Lage ist, die Herausforderungen der digitalen Transformation anzupacken und Innovation und Zuversicht in die Wirtschaft und Gesellschaft zu tragen.

Mit dieser Zwischenbilanz zur Digitalpolitik wollen wir eine Hilfestellung bieten, um digitale Themen und Ideen in die Wahlkreise zu tragen und konstruktive Diskussionen anzustoßen. Denn es geht hierbei um nicht weniger als die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft Deutschlands.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen/Euch ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Jahreswechsel.

Mit freundlichen Grüßen

Nadine Schön MdB

Dr. Reinhard Brandl MdB